

INITIATIVE LUDESCH für einen lebenswerten Walgau
Wingert Geissberg 19
6713 Ludesch

Presseaussendung vom 11. März 2021

Landesweite Aktion „Volksabstimmen über Volksabstimmen“: 31 Gemeinden beteiligt

Bürgerinnen und Bürger machen sich für den Erhalt des Initiativrechts bei Volksabstimmungen stark

Heute haben in über 30ig Vorarlberger Gemeinden Bürgerinnen und Bürger Anträge auf die Durchführung einer Volksabstimmung eingebracht. Gemeinsamer Inhalt des Antrags: Die Gemeindebürger sollen darüber abstimmen, ob die Gemeindevertretung sich politisch für eine Wiedereinführung des Volksabstimmungsrechts von Bürgern einsetzen soll.

Deutliches Zeichen für das Volksabstimmungsrecht von Bürgern

Mit dieser öffentlichen Aktion reagieren Menschen in zahlreichen Gemeinden auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs vom Oktober 2020, die Ludescher Volksabstimmung aufzuheben und dem Vorarlberger Landtag eine Frist bis 31. Dezember 2021 zu setzen, um das bürgerliche Initiativrecht für Volksabstimmungen (Volksabstimmungsrecht) aus der Landesgesetzgebung zu streichen.

Die Aktion Volksabstimmen über Volksabstimmen nutzt diese Frist um mit großer demokratischer Selbstverständlichkeit das zu tun, was nach Rechtsmeinung des Verfassungsgerichtshofs nicht verfassungskonform, aber bis zum 31. 12. 2021 legal und zulässig ist: bürgerliche Anträge auf die Durchführung einer Volksabstimmung zu stellen. So nahmen heute Antragsteller in dutzenden Gemeinden die Möglichkeit wahr, ein deutliches Zeichen für den Erhalt des bürgerlichen Rechts auf Volksabstimmungen zu setzen und zu zeigen, dass sie dessen Verlust nicht einfach so hinnehmen.

Aktiver Einsatz für die direkte Demokratie

Die Aktion Volksabstimmen über Volksabstimmen basiert auf der Idee der Initiative Ludesch und wird im Netzwerk mit zahlreichen Unterstützern landesweit umgesetzt. Christoph Aigner von der Initiative hierzu: „Unsere gemeinsame Sache ist eine öffentliche. Hier geht es nicht um Ludesch, es geht um unser zutiefst demokratisches und bürgerliches Recht, verbindliche Volksabstimmungen auf Gemeindeebene veranlassen zu können. Das geht jede und jeden an. Spätestens ab Ende Dezember 2021 werden solche Volksabstimmungen nicht mehr möglich sein. Das ist ein Verlust für das demokratische Leben in Vorarlberg, der rasch behoben gehört. Es liegt mit an uns Bürgern, diese im Grunde demokratische Selbstverständlichkeit zurückzufordern.“

Politik ist am Zug: Verstärkte Bemühungen gefordert

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs wurde von allen Vorarlberger Parteien bedauert. Die Vorarlberger Nationalratsabgeordneten der Oppositionsparteien haben einen Antrag im Nationalrat eingebracht, der eine Änderung der Bundesverfassung beabsichtigt. Anfang Februar hat der Vorarlberger Landtag einstimmig beschlossen, sich via Landesregierung für eine Änderung der Bundesverfassung einzusetzen. „Das sind gute Initiativen, für die realpolitisch weniger gute Aussichten auf Erfolg bestehen. Volksabstimmen über Volksabstimmen soll ihnen Nachdruck verleihen und fordert die Politik auf, Farbe zu bekennen“ so Aigner weiter.

Für die Initiatoren ist die Aktion der bürgerliche Beitrag zur Wiedereinführung des bürgerlichen Initiativrechts auf Volksabstimmungen und „ein Wink mit dem Zaunpfahl“ an die Politik. Im Sinne der gemeinsamen Sache zeigen die Initiatoren auch gleich konkrete Möglichkeiten auf, wie die politischen Verantwortlichen auf Gemeinde- und Landesebene aktiv werden können.

Drei demokratiepolitische Ziele

Die Initiative und alle Beteiligten verfolgen mit dieser landesweiten Aktion drei konkrete politische Ziele:

Ein breites Bewusstsein in der Vorarlberger Bevölkerung dafür zu schaffen, dass ihnen ein demokratisches und bewährtes Recht genommen wird und eine gesellschaftliche Diskussion über Demokratie anzuregen.

Ein gemeinsames Schreiben möglichst vieler Vorarlberger Gemeinden an den Nationalrat und die Bundesregierung zu unterstützen. Dieses Schreiben soll den bereits laufenden politischen Ansätzen zu einer entsprechenden Verfassungsänderung Nachdruck verleihen.

Ein gemeinsamer Antrag von mindestens zehn Gemeindevertretungen für die Abhaltung einer landesweiten Volksabstimmung. Abgestimmt wird dabei über den Gesetzesbeschluss des Landtags, mit dem das bürgerliche Initiativrecht aus der Landesgesetzgebung gestrichen wird. Damit delegiert der Landtag die Entscheidung an die Bürger. Sie sind der Souverän. Falls diese Volksabstimmung für den Erhalt des bürgerlichen Initiativrechts ausgeht, wird ein Präzedenzfall geschaffen, anhand dem das Verhältnis der beiden grundlegenden demokratischen Elemente – das direkt demokratische und das repräsentativ demokratische – zueinander in der Bundesverfassung diskutiert und entschieden werden muss.

Die Initiatoren und Unterstützer von Volkstimmen über Volksabstimmen möchten diese demokratiepolitischen Ziele gemeinsam und auf Augenhöhe mit der politischen Vertretung der Vorarlberger Bevölkerung verfolgen, parteiunabhängig und parteiübergreifend. Für Christoph Aigner sind sie „zu wichtig um politisches Kleingeld daraus zu schlagen. Es geht um die Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie, die eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit ist.“ Sie erwarten, dass etliche Gemeindevertretungen von sich aus beschließen, im Sinne dieses zutiefst demokratischen und bewährten Bürgerrechts politisch tätig zu werden.

Weitere Unterstützer und Gemeinden gesucht

Die Gemeindevahlbehörden haben jetzt vier Wochen Zeit, um über die Gültigkeit der eingebrachten Anträge zu entscheiden. Bis zu dieser Entscheidung werden die Initiatoren ihre Kampagne fortführen. Es sollen Anträge in möglichst vielen weiteren Vorarlberger Gemeinden eingebracht werden. Anträge können von mindestens zwei zum Gemeinderat Wahlberechtigten Bürgern gestellt werden. Um die Gemeinsamkeit des Anliegens zu unterstreichen, haben alle Anträge den gleichen Titel, die gleiche Frage und Begründung zum Inhalt. „Alle Informationen gibt es auf der Website der Initiative Ludesch. Interessierte sind herzlich eingeladen sich zu melden. Je mehr Gemeinden, je stärker und wirkmächtiger das Zeichen für eine lebendige Vorarlberger Demokratie“ ruft Aigner auf.